



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

50. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 10. Juli 1996

Nummer 28

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
20303	25. 6. 1996	Verordnung zur Änderung urlaubsrechtlicher Vorschriften im Lande Nordrhein-Westfalen	220
212	25. 6. 1996	Verordnung über die Zuständigkeit für die Kostenerstattung nach Schwangerschaftsabbrüchen. . .	220
2128	25. 6. 1996	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über eine Umlage für Hebammen-Lehranstalten	221
223	25. 6. 1996	Verordnung zur Durchführung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes – VO zum AFBG – . . .	221
	21. 6. 1996	Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 1996/97.	222

20303

**Verordnung
zur Änderung urlaubsrechtlicher Vorschriften
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 25. Juni 1996

Aufgrund des § 86 Abs. 2 und des § 101 Abs. 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Februar 1995 (GV. NW. S. 102), in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesrichtergesetzes vom 29. März 1966 (GV. NW. S. 217), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Februar 1995 (GV. NW. S. 102), wird verordnet:

Artikel I

Änderung der Erholungsurlaubsverordnung

Die Verordnung über den Erholungsurlaub der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen (Erholungsurlaubsverordnung – EUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1993 (GV. NW. S. 690), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Januar 1995 (GV. NW. S. 86), wird wie folgt geändert:

1. In § 11 erhält Absatz 2 folgende Fassung:
„(2) Dem Antrag einer Beamtin oder eines Beamten auf Gewährung von Erholungsurlaub im Anschluß an eine Heil- oder Badekur ist zu entsprechen.“

2. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12

Zusatzurlaub bei Gesundheitsgefährdung

Einen Zusatzurlaub von fünf Arbeitstagen erhalten Beamtinnen und Beamte, die mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Beamtin oder eines vollbeschäftigten Beamten

1. mit Infektionskranken in Verbindung kommen oder
2. mit infektiösem Material arbeiten.“

Artikel II

Änderung der Erziehungsurlaubsverordnung

Die Verordnung über den Erziehungsurlaub für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen (Erziehungsurlaubsverordnung – ErzUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 1992 (GV. NW. S. 320), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Januar 1995 (GV. NW. S. 86), wird wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 3 werden in Satz 1 nach den Wörtern „78b“, die Wörter „78c und“ eingefügt.

Artikel III

Änderung der Sonderurlaubsverordnung

Die Verordnung über den Sonderurlaub der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen (Sonderurlaubsverordnung – SUrlV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1993 (GV. NW. S. 691), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Januar 1995 (GV. NW. S. 86), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden in Satz 2 die Wörter „mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2 erhält Satz 3 folgende Fassung:
„Für die aktive Teilnahme an den Olympischen Spielen, sportlichen Welt- und Europameisterschaften, internationalen sportlichen Länderwettkämpfen und den dazugehörigen Vorbereitungskämpfen auf Bundesebene sowie an Europapokalwettbewerben kann darüber hinaus Urlaub bewilligt werden.“

2. In § 10 erhält Satz 1 folgende Fassung:

„Für eine fremdsprachliche Aus- oder Fortbildung im Ausland kann Urlaub bis zur Dauer von drei Monaten bewilligt werden, wenn die Ausbildung im dienstlichen Interesse liegt und zu erwarten ist, daß ausreichende Fortschritte im Erlernen der Fremdsprache gemacht werden.“

Artikel IV

Übergangsvorschrift

Eine spätestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung angetretene Heil- oder Badekur ist nach den bis zu diesem Zeitpunkt maßgebenden Vorschriften abzuwickeln.

Artikel V

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 25. Juni 1996

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Innenminister
Franz-Josef Kniola

– GV. NW. 1996 S. 220.

212

**Verordnung
über die Zuständigkeit für die Kostenerstattung
nach Schwangerschaftsabbrüchen**

Vom 25. Juni 1996

Aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 4 und § 9 Abs. 3 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. März 1996 (GV. NW. S. 136), wird nach Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge des Landtags verordnet:

§ 1

Zuständige Behörde für die Kostenerstattung nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen ist das Versorgungsamt Dortmund.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 25. Juni 1996

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Dr. Axel Horstmann

– GV. NW. 1996 S. 220.

2128

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über eine Umlage
für Hebammen-Lehranstalten**

Vom 25. Juni 1996

Aufgrund des § 17 Abs. 4a Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über eine Umlage für Hebammen-Lehranstalten vom 14. Februar 1984 (GV. NW. S. 198), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. März 1994 (GV. NW. S. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Die Umlage beträgt im Jahr 1996 2224,- DM.“
2. In § 1 Abs. 2 werden die Wörter „zu Beginn“ durch die Wörter „am 1. Januar“ ersetzt und nach dem Klammerzusatz die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.
3. In § 4 Abs. 4 Satz 1 werden die Wörter „zu den Selbstkosten“ durch die Wörter „zum Budget“ ersetzt.
4. § 4 Abs. 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Kosten der Unterbringung gehören nicht dazu, es sei denn, daß die Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren.“
5. In § 5 werden die Wörter „der Regierungspräsident“ durch die Wörter „die Bezirksregierung“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 25. Juni 1996

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

(L. S.)

Der Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Dr. Axel Horstmann

– GV. NW. 1996 S. 221.

mer, die ihren ständigen Wohnsitz im benachbarten Ausland haben und von dort aus an Fortbildungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen teilnehmen.

§ 2

Mitwirkung der Kammern

(1) Soweit Fortbildungsmaßnahmen im Sinne des § 2 des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes auf eine Prüfung gemäß §§ 46, 81 und 95 des Berufsbildungsgesetzes oder gemäß §§ 42, 45 und 122 der Handwerksordnung vorbereiten, können die Kammern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten bei der Durchführung des Gesetzes mitwirken. In diesem Falle übernimmt es die Kammer, in deren Zuständigkeitsbereich die Fortbildungsmaßnahme durchgeführt wird,

1. über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz zu beraten und zu informieren,
2. Anträge auf Förderungsleistungen entgegenzunehmen, auf Vollständigkeit und Schlüssigkeit der Angaben zu prüfen und an das Landesamt für Ausbildungsförderung weiterzuleiten,
3. im Bedarfsfall zur Geeignetheit der Maßnahme nach § 2 sowie zum Fortbildungsplan nach § 6 und zur Eignung der Teilnehmerin oder des Teilnehmers nach § 9 des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes gutachtlich Stellung zu nehmen.

Von der Prüfung durch die Kammern bleiben die Angaben zum Einkommen und Vermögen ausgenommen. Die Anträge gelten als zu dem Zeitpunkt bei der zuständigen Behörde gestellt, in dem sie bei der Kammer eingegangen sind.

(2) Für jeden dem Landesamt für Ausbildungsförderung zugeleiteten Förderungsantrag erhalten die Kammern nach Ablauf eines Halbjahres eine jährlich im Haushaltsplan festzusetzende Verwaltungskostenpauschale.

§ 3

Fachaufsicht

Das Landesamt für Ausbildungsförderung untersteht der Fachaufsicht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 25. Juni 1996

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

(L. S.)

Der Innenminister
Franz-Josef Kniola

Der Finanzminister
Heinz Schleußer

Der Minister für Wirtschaft und Mittelstand,
Technologie und Verkehr
Wolfgang Clement

Die Ministerin für Schule
und Weiterbildung
Gabriele Behler

– GV. NW. 1996 S. 221.

223

**Verordnung
zur Durchführung des Aufstiegsfortbildungs-
förderungsgesetzes – VO zum AFBG –**

Vom 25. Juni 1996

Aufgrund des § 5 Abs. 3 des Landesorganisationsgesetzes (LOG NW) vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1994 (GV. NW. S. 1114), wird nach Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie des Ausschusses für Schule und Weiterbildung verordnet:

§ 1

Zuständige Behörde

Zuständige Behörde im Sinne des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG) vom 23. 4. 1996 (BGBl. I S. 623) ist das Landesamt für Ausbildungsförderung. Es entscheidet

1. über die Förderungsanträge und Anträge nach § 23 Abs. 4 Satz 1 AFBG der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen haben,
2. über die Förderungsanträge und Anträge nach § 23 Abs. 4 Satz 1 AFBG der Teilnehmerinnen und Teilneh-

**Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen
und die Vergabe von Studienplätzen
im ersten Fachsemester
für das Wintersemester 1996/97**

Vom 21. Juni 1996

Aufgrund des § 10 Abs. 2 und des § 11 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), wird verordnet:

§ 1

Für die in den Anlagen 1 bis 4 zu dieser Verordnung bezeichneten Studiengänge wird an den dort genannten Hochschulen die Zahl der im Wintersemester 1996/97 in das erste Fachsemester aufzunehmenden Bewerberinnen und Bewerber nach Maßgabe der Anlagen festgesetzt.

Anlagen

§ 2

Antragsberechtigt sind bei den Studiengängen der Anlagen 1 und 3 nur Bewerberinnen und Bewerber, deren Hochschulzugangsberechtigung die allgemeine Hochschulreife oder die dem gewählten Studiengang entsprechende fachgebundene Hochschulreife vermittelt. Bei den Studiengängen der Anlagen 2 und 4 sind auch Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife antragsberechtigt; für die in diesen Anlagen für integrierte Studiengänge festgesetzten Studienplätze sind nur Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife antragsberechtigt.

§ 3

(1) Die nach den Anlagen 3 und 4 verfügbaren Studienplätze werden von der jeweiligen Hochschule gemäß §§ 51 bis 54 der Vergabeverordnung NW vergeben, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Sind für die Vergabe nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 VergabeVO NW weniger zu berücksichtigende Bewerberinnen und Bewerber vorhanden als Studienplätze, wer-

den die freibleibenden Studienplätze nach § 12 Abs. 2 Nr. 3 VergabeVO vergeben.

(3) Im Studiengang Journalistik werden über die in der Anlage 3 festgesetzte Zulassungszahl hinaus weitere 19 Studienplätze an die rangnächsten Studienbewerberinnen und -bewerber vergeben, wenn sie ein vor Aufnahme des Studiums abgeschlossenes Volontariat gemäß § 8 Abs. 7 in Verbindung mit § 18 Abs. 1 Nr. 4 der Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Journalistik an der Universität Dortmund vom 15. November 1982 (GABl. NW. 1982 S. 548), zuletzt geändert durch Satzung vom 17. November 1986 (GABl. NW. 1987 S. 28), nachweisen; § 12 Abs. 3 VergabeVO NW gilt entsprechend.

§ 4

(1) Für Bewerberinnen und Bewerber nach § 3 Abs. 2 Hochschulzulassungsgesetz sind an der Fachhochschule Münster vorweg abzu ziehen:

1. im Studiengang Pflegemanagement drei Studienplätze,
2. im Studiengang Sozialarbeit ein Studienplatz,
3. im Studiengang Sozialpädagogik drei Studienplätze.

(2) Die Vergabe der Studienplätze erfolgt durch die Hochschule nach Maßgabe von § 53 VergabeVO.

§ 5

Soweit sich die der Festsetzung nach § 1 zugrundeliegenden Daten wesentlich ändern, wird die Ministerin für Wissenschaft und Forschung die Zulassungszahlen durch Rechtsverordnung, die rückwirkend in Kraft tritt, neu festsetzen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1996 in Kraft.

Düsseldorf, den 21. Juni 1996

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Anke Brunn

Anlage 1 zur Verordnung vom 21. Juni 1996 (GV. NW. S. 222)

Zulassungszahlen in zentralen Verfahren

Studiengang	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	U-GH- DU	Uni D	U-GH- E	Uni K	DSH K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
- Universitätsstudiengänge ohne Lehrämter -														
Architektur, Diplom	A	239			81									
Betriebswirtschaftslehre, Diplom	A	383	354		311		180	*409	572		406	*228	*426	
Biologie, Diplom	A	85	103	168	156		168		168		151			
Geologie, Diplom	V	37		34	77				37		28			
Haushalts- und Ernährungswissenschaft, Diplom	V			156										
International Business, Diplom	A											*120		
Kunstgeschichte, Mag. - HF	A	38		72	58		24		49		48			
Kunstgeschichte, Mag. - HF	A	11		42	39		5		101		30			
Lebensmittelchemie, Staatsexamen	A			10							36			* 13
Medizin, Staatsexamen	B	277		334	134		168	159	161		141			
Pharmazie, Staatsexamen	A			82			52				67			
Psychologie, Diplom	A		124	133	84		71		84		110			*28
Rechtswissenschaft, Staatsexamen	A		500	346	434		140		455		419			
Sport, Diplom	A		47	45						309				
Volkswirtschaft sozialwissenschaftl. Richtung, Diplom	A								48					
Wirtschaftsinformatik, Diplom	A							*104	85		108	*50		
Wirtschaftspädagogik, Diplom	V								31			*70		
Wirtschaftswissenschaft, Diplom	A			356		*362								*421
Zahnmedizin, Staatsexamen	B	50			31		44		52		52			
- Lehramtsstudiengänge -														
<u>Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II</u>														
Biologie	A	30	69	62	83		44	38	89		101			
<u>Erste Staatsprüfung für das Lehramt für die Primarstufe</u>														
	A		181		299			198	282		518	171	166	107

Abkürzungen: TH = Technische Hochschule
 Uni = Universität
 U-GH- = Universität - Gesamthochschule
 DSH = Deutsche Sporthochschule

A = Auswahlverfahren
 B = Besonderes Auswahlverfahren
 V = Verteilungsverfahren
 * = integrierter Studiengang

Zulassungszahlen in zentralen Verfahren – Fachhochschulstudiengänge –

[illegible]

Studiengänge		FH Münster		FH Niederrhein		FH Rhein-Sieg		U-GH	U-GH	PB	U-GH Paderborn		SO	U-GH	U-GH
		MS	ST	KR	MG	St.A	RH-B	DU	E		HX	MES		SI	W
Architektur mit Eignungsprüfung	A	145													
Architektur ohne Eignungsprüfung	A													88	
Bauingenieurwesen	A	150												158	
Entsorgungstechnik	V														
Allgemeine Informatik	A					30									
Techn. Informatik	A														
Innenarchitektur	A														
Landespflege	A								63		96				
Maschinenbau/ Fahrzeugtechnik	A														
Öffentl. Bibliothekswese	A														
Design/Illustration u. Mediendesign	A														
mit Eignungsprüfung	A	48													
Produktdesign mit Eignungsfeststellung	A			57											
Produktdesign/ Mode - Textildesign mit Eignungsfeststellung	A														
Produktdesign/ Schmuck-Design mit Eignungsfeststellung	A														
Sozialarbeit	A	33			** 59				45						
Sozialpädagogik	A	84			** 92				42						
Techn. Betriebswirtsch.	A														
Übersetzen/Dolmetschen	A														
Versorgungstechnik	V														
Versorgungs- und Entsorgungstechnik	V		137												
Vis.Kommunikation/ Foto/Film Design mit Eignungsfeststellung	A														
Vis. Kommunikation/ Grafik-Design mit Eignungsfeststellung	A			39											
Wirtschaft	A	164			100	30	30								
Wirtschaftsinformatik	A														
International Business *	A									30					
Lebensmittelchemie *	A														13
Psychologie *	A														42
Wirtschaftsinformatik *	A								54	37					
Wirtschaftswissensch. *	A							155	202	140				193	180

FH = Fachhochschule
 U-GH- = Universität-Gesamthochschule-
 A = Allg. Auswahlverfahren
 V = Verteilungsverfahren

* = Integrierter Studiengang
 ** = Modellstudiengänge
 *** = insbesondere Mikroinformatik

Anlage 3 zur Verordnung vom 21. Juni 1996 (GV. NW. S. 222)

Zulassungszahlen für örtliche Zulassungsbeschränkungen

- Universitätsstudiengänge ohne Lehrämter -	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	Uni D	U-GH- DU	U-GH- E	DSH K	Uni K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
Angewandte Kulturwissenschaft Magister / Prom. - Nebenfach											100			
Anglistik Magister - Hauptfach										104				
- Nebenfach										208				
Außerschul. Erziehungs- u. Sozialwesen, Diplom **													**67	
Baugeschichte Magister - Hauptfach	5													
- Nebenfach	10													
Bauingenieurwesen, Diplom **								**200						
Biochemie Diplom		22	64											
Deutsch als Fremdsprache Magister - Hauptfach		18												
- Nebenfach		12												
Film- u. Fernsehwissenschaft Magister - Hauptfach			60											
- Nebenfach			36											
Geographie, Diplom				58						54	43			
Magister - Hauptfach				10										
Germanistik Magister - Hauptfach										88				
- Nebenfach										176				
Journalistik , Diplom					* 52									
Kommunikationstechnologie - Druck, Diplom **														**53
Kommunikationswissenschaft Magister - Hauptfach								63						
- Nebenfach								15						
Landschaftsökologie, Diplom											81			
Lebensmitteltechnologie, Diplom				20										
Medienplanung, Medienentwicklung Medienberatung , Diplom **													**48	
Medienwissenschaft Magister - Nebenfach						102								
Ökologie, Diplom **								** 52						
Ökonomie / sozialwiss. Richtung , Diplom					31									
Pädagogik, Diplom					400					70	120			
Magister - Hauptfach										20	15			
- Nebenfach										40	60			
Philosophie Magister - Hauptfach										21				
- Nebenfach										45				

Studiengang	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	Uni D	U-GH- DU	U-GH- E	DSH K	Uni K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
Psychologie, Magister / Prom. - Hauptfach										6				
- Nebenfach		74	41	70		36				14	60			
Publizistik, Magister / Prom. - Hauptfach			47								92			
- Nebenfach			19								92			
Raumplanung, Diplom					163									
Regionalwiss. Nordamerika Magister / Prom. - Hauptfach				30										
Sozialwissenschaften, Diplom **							** 255							
Politologie Magister / Prom. - Hauptfach				74						64				
- Nebenfach										66				
Soziologie Magister / Prom. - Hauptfach				38						44				
- Nebenfach										57				
Theaterwissenschaft, Magister / Prom. - Hauptfach			26							45				
- Nebenfach			15							90				
Völkerkunde, Magister / Prom. - Hauptfach										26				
- Nebenfach										53				
Volkswirtschaftslehre Magister / Prom. - Nebenfach										17				

Ergänzungsstudiengang Erziehungswissenschaft, Planung und Beratung im Sozialwesen, Diplom									60					
---	--	--	--	--	--	--	--	--	----	--	--	--	--	--

Zusatzstudiengang Prävention und Rehabilitation durch Sport, Zertifikat			16											
---	--	--	----	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

- Lehramtsstudiengänge -														
<u>für das Lehramt für die Sekundarstufe II</u>														
Anglistik										149				
Deutsch					60					105				
Geographie				26							32			
Kommunikationstechnologie - Druck / berufliche Fachrichtung														20
Pädagogik										20	50			
Philosophie										9				
Sonderpädagogik					4									
Sozialpädagogik / berufliche Fachrichtung					60									
Sozialwissenschaften				28						49				
Sport									156					
Türkisch								84						
Wirtschaftswissenschaft										42				
<u>für das Lehramt für die Sekundarstufe I</u>														
Deutsch					59					58				
Sport									27					
Sonderpädagogik SP					209									

* : 19 zusätzliche Studienanfänger bei nachgewiesenem Volontariat.
 ** : integrierter Studiengang

Abkürzung: Uni = Universität
 U-GH = Universität-Gesamthochschule
 DSH = Deutsche Sporthochschule
 TH = Technische Hochschule

Zulassungszahlen für örtliche Zulassungsbeschränkungen
– Fachhochschulstudiengänge –

Studiengang	FH	FH	FH	FH	FH	U-GH	U-GH	FH			FH		Märk.	FH		FH		FH		U-GH	U-GH	U-GH
	AC	BI	BO	DO	D	DU	E	Gelsenkirchen			Köln	GM	FH	Lippe	Münster	Niederrhein	PB	HX	SI	W		
Außerschulisches Erziehungs- und Sozialwesen *																				59		
Bauingenieurwesen *							74															
Betriebswirtschaft (Wirtschaftsrecht)									69													
Ernährungs- u. Hauswirtschaft															121							
EBP / Deutsch-Britisch	15		15												14							
/ Deutsch-Französisch			15					10							25							
/ Deutsch-Niederländisch										20					15							
/ Deutsch-Spanisch															12							
/ Deutsch-Italienisch															5							
Europäischer Studiengang Angewandte Sprachen											20											
Europäischer Studiengang Management																						
Europäischer Studiengang Wirtschaft	15																					
Europäischer Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen																	30					
European Studies in Environmental Engeneering and Entsorgungstechnik								10														
Film / Fernsehen				20																		
Fotoingenieurwesen											135											
Innanarchitektur					76																	
Integrierter Doppelstudiengang Wirtschaft	15																					
International Business / F				20																		
International Business / GB				20																		
International Business / NL				20																		

Studiengang	FH	FH	FH	FH	FH	U-GH	U-GH-	FH			FH		Märk.	FH		FH		FH		U-GH-	U-GH-	U-GH-
	AC	BI	BO	DO	D	DU	E	GE	RE	BOC	K	GM	HA	LEM	DT	MS	ST	KR	MG	HX	SI	W
Kommunikationstechnologie - Druck *																						52
Materialtechnik									30													
Mechatronik			102																			
Medieninformatik								20														
Medienplanung, Medienentwicklung, Medienberatung *																					12	
Ökologie *							11															
Pflegemanagement																30						
Pflegepädagogik		30																				
Produktentwicklung		30																				
Produktionstechnik											67											
Sozialwissenschaften *						125																
Technischer Umweltschutz																				96		
Verbundstudiengang Technische BW			26										54									
Versicherungswesen											155											
Vertriebsingenieurwesen										20												
Wirtschaftsingenieurwesen									50										45			
Wirtschaftsingenieurwesen Bau															25							
Zusatzstudiengänge																						
Versicherungsingenieurwesen											30											
Wirtschaftsingenieurwesen			44	70															30			
Wirtschaftsingenieurwesen/Tagesstd.		50																				
Wirtschaftsingenieurwesen/Abendstd.																						
Weiterbildender Studiengang																						
Wirtschaft für Ingenieure in mittelständigen Betrieben der Haustechnik											30											

Abkürzungen: U-GH- = Universität-Gesamthochschule FH = Fachhochschule

* : integrierter Studiengang

Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM
 zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
 Bezugspreis halbjährlich 57,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 114,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahres-
 bezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
 Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
 Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
 Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
 ISSN 0177-5359